

Wir fordern: Freiheit auf gesunde Mikronährstoffe!

Aufruf an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, Kleinst- und Mittelstandsunternehmen sowie Konzerne:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Unternehmer!

Wenn Sie die oben genannte Überschrift zur Kenntnis genommen und durchgelesen haben, dann wundern Sie sich nicht, Sie haben tatsächlich richtig gelesen: Wir sind der Meinung, dass das Recht auf gesunde Ernährung praktisch nicht vorhanden ist. Es gibt im Grundgesetz keinen einzigen Paragraphen, der dieses Recht gewährleistet, dabei aber eindeutig erforderlich ist. Im Grundgesetz heißt es zwar, dass wir Bundesbürger ein Recht auf freie Meinungsäußerung und freie Entfaltungsmöglichkeit haben – aber beides ist in höchster Gefahr! Deshalb fordern wir Sie auf, im Rahmen unseres gesellschaftlichen Miteinanders etwas dagegen zu unternehmen.

Wir wollen Gesetzesinitiative ergreifen – miteinander und nicht gegeneinander – aber dabei mit Deutlichkeit auf die Missstände hinweisen. Die Medien fordern wir auf, korrekt zu recherchieren und korrekt Bericht zu erstatten, ohne sich dabei von Anzeigen beeinflussen zu lassen. Manchmal haben wir den Eindruck, dass Medien folgendermaßen vorgehen: Was das eine Medium berichtet, wird von allen anderen einfach abgeschrieben – ohne sich mit dem betreffenden Thema kritisch auseinander zu setzen. Genauso auch im Fernsehen: Vitamine sind schädlich, Nahrungsergänzungsmittel gefährlich, Unternehmer sind raffgierig, Wissenschaftler nimmt man nicht ernst genug, Verbraucherzentralen sind inkompetent, Ärzte schweigen, Heilpraktiker schweigen, Behörden



Manfred Scheffler

blicken nicht durch bzw. sind häufig nicht kompetent, Staatsgewalten behandeln Unternehmer wie Verbrecher bei Kennzeichnungsfehlern, bei Wettbewerbsverstößen, bei Abgrenzungsfehlern zwischen Lebensmitteln/Arzneimitteln. Solche Aussagen werden unbesehen verbreitet, ohne die Hintergründe zu kennen. Gestatten Sie uns, auf diese Punkte aufmerksam zu machen und für Aufklärung gegenüber der Bevölkerung zu sorgen.

Health-Claims-Verordnung

Gegen Ende des Jahres bzw. Anfang 2011 wird eine EU-Gemeinschaftsliste von genehmigten und gesundheitsbezogenen Aussagen



Unser menschlicher Körper funktioniert nur, wenn er richtig mit Mikronährstoffen versorgt ist.

veröffentlicht, die dann alle In-Verkehr-Bringer unter den Voraussetzungen der Einhaltung nutzen dürfen bzw. müssen. Beispielsweise ist es dann nicht mehr erlaubt, über ein Nahrungsergänzungsmittel zu sagen, dass es „gut fürs Herz“ ist. Dies ist eindeutig ein Verstoß gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung. Warum darf nicht mehr konkret darauf hingewiesen werden, wenn ein Lebensmittelrohstoff einen ernährungspsychologischen Wert hat, der zudem noch eindeutig erwiesen ist?

Einen Antrag auf individuelle Health-Claims kann so gut wie jeder bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) einreichen. Der Haken dabei ist folgender: Es müssen Studien beigelegt werden, die nur Konzerne bezahlen können. Im Grundgesetz heißt es: Jeder hat das Recht auf freie Entfaltungsmöglichkeit. Dieses wird hier eindeutig verhindert. Die nachzuweisenden Studien sind in einer Form abzugeben, wie sie eigentlich für Arzneimittel gelten – das kann kein Mittelständler bezahlen. Ein Skandal! Man sollte bedenken, dass Nahrungsergänzungsmittel eigentlich Lebensmittel und keine Arzneimittel sind. Soweit mir bekannt ist, wird sogar bei traditionellen Heilmitteln kein Nachweis in Form einer Studie verlangt. Wir fordern auf, das Gesetz zu verändern! Nach wie vor muss es gestattet sein, Ernährungszwecke, die durch Le-

bensmittelrohstoffe wissenschaftlich belegt sind, auch als gesundheitsbezogene Aussage genehmigt zu bekommen – ohne neue Studien. Die Meinungsfreiheit darf nicht eingeschränkt werden, dies ist unser höchstes Gut in einer Demokratie. Keine Meinungsfreiheit – keine Demokratie.

Novel Food

Der Ursprung des europäischen Health-Claims-Gesetzes ist eigentlich völlig in Ordnung und sogar im Sinne des Verbrauchers. Es hieß sinngemäß, dass alle neuartigen Lebensmittel (also naturidentische und auch synthetische) auf eine mögliche Toxizität überprüft werden müssen und dann eine Zulassung beantragt werden muss.

Daraus folgt, dass alle Lebensmittel, die nicht vor Herbst 1997 maßgeblich in Deutschland bzw. in der EU im Verkehr waren, auf Toxizität geprüft und neu beantragt werden müssen. Das bedeutet, dass bestimmte Früchte, Gemüse, Gewürze, Pilze und Nüsse nicht mehr verzehrt werden können, obwohl diese in den USA, Latein-/Mittelamerika, Asien, Indien und Russland schon seit Jahrhunderten problemlos konsumiert werden. Und das, obwohl die Politik von Globalität spricht. Genau dieses Verzehrsverbot muss aufgehoben werden und die Novel Food-Verordnung in ihren ursprünglichen Zustand zurückgesetzt werden. Die Freiheit auf Nahrung darf nicht eingeschränkt werden

– auch nicht unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes oder um Beamte zu beschäftigen und weitere Überregulierungen zu schaffen. Was wäre denn der nächste Schritt? Dass man uns vorschreibt, was wir zu essen haben und was nicht? Wir fordern auf, das Gesetz umgehend wieder in seine Ursprungsform zu ändern!

Universitäten

Es reicht nicht aus, Spezial-Ernährungswissenschaftler wie Ökotrophologen oder Trophologen auszubilden. Auch Mediziner müssen in den Ernährungswissenschaften unterrichtet werden, um ihrem Beruf ethisch gerecht zu werden und die Menschen gesund zu erhalten. Prävention ist in unserer modernen Gesellschaft gefordert.

Es reicht nicht aus, bei Krankheit lediglich Diagnosen zu stellen und dann passende Arzneimittel zu verschreiben – das können Computer und andere Techniken bald alles perfekt allein übernehmen. Man sollte froh sein, dass es Ärzte gibt, die bei schwerer Krankheit helfen; man sollte froh sein, dass es Ärzte gibt, die hervorragend operieren können; man sollte froh sein, dass es Arzneimittel gibt, die Schmerzen lindern und Krankheiten heilen können. Das reicht aber nicht. Unser menschlicher Körper funktioniert nur, wenn er richtig mit Mikronährstoffen versorgt ist – und hier mangelt es häufig. Das belegen

zahlreiche Studien. Die Arztpraxis darf keine Rezeptausstellungsfabrik sein, sondern muss zur Gesundheitsberatung werden. So lange die Universitäten unsere Ärzte nicht in Sachen Ernährung ausbilden und sich ein Arzt oder Heilpraktiker über eine mühselige Fortbildung das notwendige Grundwissen allein aneignen muss, wird unser Gesundheitswesen nicht genesen, sondern weiter und weiter Kosten verursachen – die wir alle bezahlen müssen. Es ist schon längst 30 Minuten nach zwölf. Wir fordern auf, die Ausbildung umgehend zu ändern: Ernährungswissenschaft sollte zur Pflicht für Mediziner und andere Therapeuten werden!

Ärzte/Heilpraktiker

Ich habe ein gestörtes Weltbild von Ärzten und Heilpraktikern und ich weiß, dass es vielen Mitbürgern genauso geht. Da heißt es in den Medien: Vitamine machen krank, Mikronährstoffe bringen nichts, Nahrungsergänzungsmittel sind nur was für Geschäftemacher. Arztverbände und Heilpraktiker schweigen gerade zu diesen Themen. Mikronährstoffe usw. sind die elementaren Voraussetzung für unsere Gesundheit – und Mangelernährung ist auch in unserer Gesellschaft noch vorhanden, das ist Fakt. Es ist beschämend, dass nur wenige Therapeuten, geschweige denn die Verbände, sich äußern. Vereine wie das Institut für Innovatio-

nen im Gesundheitswesen und angewandte Pflegeforschung e. V. (IGAP) und einige Professoren (u. a. Prof. Dr. Kurt S. Zänker, Prof. Muss, Prof. Pulz, Prof. Lelley und Dr. Eckert) äußern sich öffentlich. Es ist an der Zeit, dass nicht nur von Wenigen, sondern von der Mehrheit das derzeitige Schweigen gebrochen wird.

Wir fordern auf, dass sich alle Ärzte- und Heilpraktikerverbände zum Thema Mangelernährung und Wichtigkeit richtiger Ernährung und Supplementierung öffentlich bekennen. Sie haben sich der Gesundheit des Menschen verpflichtet, nehmen Sie Ihre Verpflichtung endlich wahr – oder verändern Sie Ihre Satzung hin zu einer Wirtschaftsvertretung der Therapeutenverbände.

Verbraucherzentralen

Hier verweisen wir auf unseren offenen Brief von Herrn Dr. jur. Thomas Büttner, LL.M., lebensmittelrechtlicher Beirat des NEM, und Manfred Scheffler, Präsident des NEM, in der März-Ausgabe der Network-Karriere.

Den offenen Brief hat der NEM-Verband an alle 13 Verbraucherzentralen gesandt, mit der Aufforderung, den fachlichen Dialog doch endlich sachlich weiterzuführen. Kein einziger hat darauf geantwortet. Die staatliche Gebundenheit verhindert hier wohl kompetente und fachliche Informationen. Dafür gibt es keine Entschuldigung, deshalb lautet unsere Antwort auf das Schweigen wie folgt: Verbraucherinformationen müssen in die Hand von Verbrauchern – weg von der Staatlichkeit. Wir meinen, dass wir dazu verpflichtet sind, unser Wissen authentisch in die Bevölkerung zu tragen. Das werden wir in Kürze gezielt umsetzen.

Aufruf

Kleinstunternehmen/ Mittelstand

Machen Sie mit und folgen Sie unserem Aufruf gemeinsam mit der Network-Karriere. Das Formular finden Sie unter:

www.network-karriere.com

Mit Ihrer Hilfe wollen wir mit unserem Anliegen an alle Bundestagsabgeordneten, den Bundestagspräsidenten und andere politischen Instanzen (Bundeskanzlerin, Wirtschaftsministerium, Gesundheitsministerium, Verbraucherschutzministerium, Justizministerium sowie entsprechenden EU-Instanzen) herantreten. Wir möchten eine Bewegung schaffen, die Veränderungen bringt. Denken Sie bitte daran, nur Mitmachen zählt. Wegschauen, schweigen (oder im Verborgenen reden) hilft nur denen, die unserer Gesellschaft schaden wollen.

Manfred Scheffler

Präsident NEM e. V.